



Seitdem die Stadt El Fasher im Sudan vergangene Woche an eine paramilitärische Truppe gefallen ist, deuten verifizierte Bildaufnahmen und Augenzeugenberichte auf ein sich entfaltendes Massaker in der sudanesischen Region Darfur hin.

Bewohner wurden erschossen, als sie versuchten, aus der Stadt zu fliehen. Videos zeigen, wie paramilitärische Kämpfer Zivilisten exekutieren. Jene, die den beschwerlichen Weg in eine 65 Kilometer entfernte Stadt schafften, berichteten von Terror, Hunger und Tod.

Vor zwanzig Jahren war das Wort „Darfur“ weltweit ein Synonym für ungesühnte Gräueltaten in einem uns fernen Land. Heute geschieht es wieder.

Eine Welle von Tötungen fegt durch eine der größten Städte der Region. Die gleichen ethnischen Spannungen scheinen das Chaos erneut zu befeuern. Die paramilitärischen Kräfte, die den Terror entfesseln, stammen von den Dschandschawid ab – den überwiegend arabischen Milizen, die auch vor zwei Jahrzehnten schon hier wüteten.

Damals gab es zumindest ein gewisses Maß an westlichem Druck. Heute gibt es kaum prominente Fürsprecher oder politische Aufmerksamkeit – und die Straflosigkeit für diese Gräueltaten ist eine grausame Tatsache.

Damals und heute

Die Kämpfer, die derzeit in Darfur wüten, sind besser bewaffnet, besser organisiert und besser finanziert als je zuvor. Und sie werden von einem der reichsten Länder der arabischen Region unterstützt: den Vereinigten Arabischen Emiraten, einem engen Verbündeten der Vereinigten Staaten. Die Emirate bestreiten allerdings, eine der Konfliktparteien gezielt zu unterstützen.

Vor 20 Jahren ritten die Kämpfer hauptsächlich auf Pferden und Kamelen; heute fahren sie gepanzerte Fahrzeuge und Pickups. Früher steckten sie Dörfer in Brand; heute setzen sie schwere Artillerie ein und hochentwickelte Drohnen.

Im letzten Krieg kämpften die paramilitärischen Kräfte noch auf der Seite der sudanesischen Armee. Jetzt jedoch kämpft die paramilitärische Gruppe namens Rapid Support Forces, oder RSF, gegen die nationale Armee – ein Konflikt, der den Sudan zerreißt und wahrscheinlich die schlimmste humanitäre Krise der Welt ausgelöst hat.

Der Bürgerkrieg zwischen der sudanesischen Armee und der RSF, der im April 2023 ausbrach,



ist zum Teil auf die politischen Ambitionen des RSF-Führers Generalleutnant Mohamed Hamdan zurückzuführen. Er hat im Bundesstaat Süddarfur seine eigene Parallelregierung ausgerufen. Seine Truppen haben Gräueltaten begangen, die von den Vereinten Nationen als Kriegsverbrechen eingestuft werden und von der Regierung Biden als Völkermord bezeichnet wurden – oft zielen sie auf Mitglieder der ethnischen Gruppe der Zaghawa. Auch sexuelle Gewalt ist laut UN weit verbreitet.

Bis vergangene Woche war El Fasher die einzige Stadt in Darfur, die nicht unter Kontrolle der RSF stand. Ein Kontingent sudanesischer Soldaten und verbündeter Darfuri-Milizen hielt sich in einer Garnison in der Nähe des Flughafens – ihr letzter Stützpunkt in der Region.

Während die RSF ihre Belagerung verschärfte, errichteten ihre Kämpfer einen hohen Erdwall, der sich um die Stadt zog und rund eine Viertelmillion Einwohner einschloss. Zivilisten, die versuchten, Nahrung oder Medikamente über den Wall zu schmuggeln, wurden verprügelt oder getötet. Die Bewohner begannen zu verhungern. Im letzten funktionierenden Krankenhaus der Stadt griffen Ärzte darauf zurück, unterernährte Kinder mit Tierfutter zu ernähren.

Begrenzte Empörung

Vor zwanzig Jahren machten prominente Aktivisten wie George Clooney Darfur zu einem internationalen Thema. Die Krise wurde zu einer außenpolitischen Priorität für Präsident George W. Bush und führte zu Spannungen mit China, das in Sudan Ölinteressen verfolgte.

Die jüngsten Gräueltaten haben zwar scharfe Verurteilungen ausgelöst, doch diese beschränken sich weitgehend auf Fachkreise – etwa den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, einige Mitglieder des US-Kongresses und vereinzelte Politiker in anderen Ländern.

Der Afrika-Sonderberater von Präsident Trump versucht derzeit, einen Waffenstillstand zu vermitteln. Doch bisher gibt es kaum Anzeichen für Fortschritte. Ein Grund dafür ist, dass an den Gesprächen auch Diplomaten aus den Emiraten, Ägypten und Saudi-Arabien teilnehmen – also jenen arabischen Mächten, die den Konflikt gleichzeitig mit anheizen.



Weitere Top-Nachrichten

- **Ukraine:** Videos zeigen eine Drohne, die auf eine Straße einschlägt und eine weitere, die einen russischen Soldaten ins Visier nimmt. Die ukrainische Armee nutzt ein Punktesystem für Drohnenpiloten: Für das Verwunden eines russischen Soldaten gibt es acht Punkte. Einen russischen Soldaten lebend mithilfe einer Drohne zu fangen, ist der Jackpot: 120 Punkte. Offizielle teilen mit, dass dieser Wettbewerb die Truppen nach dreieinhalb Jahren Krieg erneut motiviere.
- **USA/Venezuela:** Präsident Trump sagte in einem ausführlichen Interview, ein Krieg mit Venezuela sei unwahrscheinlich, schloss jedoch Bodentruppeneinsätze nicht aus.
- **Nigeria:** Trump drohte mit Militäraktionen gegen islamistische Milizen in Nigeria und warf der Regierung vor, Christen nicht zu schützen.
- **Jamaika:** Die Zahl der bekannten Todesopfer durch Hurrikan Melissa steigt fast täglich. Dutzende betroffene Gemeinden konnten bisher noch nicht erreicht werden.
- **Tansania:** Nach Tagen der Proteste verkündete die Wahlkommission, Präsidentin Samia Suluhu Hassan habe 97 Prozent der Stimmen erhalten. Wahlbeobachter äußerten Zweifel an der Integrität der Abstimmung.
- **Afghanistan:** Ein starkes Erdbeben erschütterte den Norden des Landes nahe Mazar-i-Sharif. Mindestens zehn Menschen kamen ums Leben, Hunderte wurden verletzt.
- **Mexiko:** Ein Bürgermeister im Westen des Landes, der als Gegner der Drogenkartelle galt, wurde während einer Feier zum Tag der Toten erschossen.
- **Großbritannien:** Ein britischer Mann wurde wegen versuchten Mordes festgenommen, nachdem er in einem Zug elf Menschen bei einer Messerattacke schwer verletzte.

P. Tiko